Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Kriegsbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 3,75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 0. 9—5, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hr. Richter, 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die einspaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Kounzeil aber nach Seite 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen aus der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Gewähr für das rechtzeitige Erscheinen der Anzeigen wird nicht geboten. Ausführliche Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen Annoncen-Bureaus entgegen.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.
Dresden, 1892.

Havelocks von 15 Mk. an
beim **Schlafrock-Meyer**, Frauenstr. 8 u. 10.

Gummi- und Gutta-Percha-Waaren empfiehlt Baumann & Co. Hofdrogenhandlung Wilsdrufferstr. 2 und Seestr. 2.
Gummirte abwaschbare seidene u. Satin-Cravatten.

Herren-Wäsche-Ausstattungen
innerhalb 48 Stunden.
Eigne Arbeitsräume. — Eigne Waschanstalt.
Gustav Tuchler, Hoflief.,
2 König-Johannstrasse 2.

MATTONI'S GIESSHÜBLER Feinster alkalischer SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden:
MOHRENAPOTHEKE, Firnaischer Platz,
WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11,
KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstr. 27
Kostenfreie Probe. Geräuschlose **Thürschliesser** mit doppelter Luftschleuse, Gewichts-Schnellschluss. Mehrjährige Garantie.
3 Mal prämiirt. — Fernsp. Amt II, 2100. — 80,000 St. in Function.

Havelocks in grösster Auswahl, Stück 15—60 Mark, Reisemäntel, Gummimäntel, Paletots, Joppen empfiehlt **Robert Kunze, Altmarkt 1** (Rathhaus).
Special-Geschäft f. Reise-Artikel u. Herren-Moderwaaren.

Nr. 63. Spiegel: Beschlußunfähigkeit des Reichstags. Bukowinaer Landtagsauflösung. Fastnachtsball am Hofe. Landtag. Dresdner Reiterheim. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. **Donnerstag, 3. März.**

Politisches.

Die Beschlußunfähigkeit des Reichstages, ein chronisches Leiden, welches in jeder Legislaturperiode zu Tage tritt, hat auch vorgestern wieder einer Sitzung einen vorzeitigen Schluß bereitet. Wer weiß, wie oft sich dies Mißgeschick noch wiederholen wird. Im gegenwärtigen Reichstage gehören die Sitzungen, in denen die verfassungsmäßige Beschlußfähigkeitsziffer erreicht wird, zu den Ausnahmen. Angesichts der leeren Bänke riß am Montag dem Präsidenten von Levetzow endlich einmal der Geduldsfaden: er sprach die den unverbesserlichen Schwänzern gegenüber freilich völlig wirkungslose Drohung aus, daß künftighin mit Urlaubsertheilungen nicht mehr so splendid vorgegangen werden solle. Vielleicht erfolgte diese Mahnung, zahlreicher zu erscheinen, nur unter dem beschämenden Gefühl, daß Prinz Heinrich von Preußen, welcher den Marine-Debatten in seiner Zuhörerloge beiwohnte, wiederholt Zeuge der gerade kläglichen Theilnahmslosigkeit der Reichstagsmitglieder gegenüber den Sitzungen des Hauses sein mußte. Einen erhebenden Eindruck von dem Pflichtgefühl unserer Volksvertreter wird der Bruder des Kaisers wohl nicht empfangen haben. Am Montag haben die Führer der verschiedenen Fraktionen in einstündiger Geschäftsordnungsdebatte die Ursachen der Beschlußunfähigkeit und die Mittel zur Beseitigung erörtert. Als Ursachen der chronischen Krankheit wurden Diätenlosigkeit, Zusammentagen des Reichstages und des preußischen Landtages, unzeitgemäße Einberufung des Reichstages, übermäßige Sessionsdauer, rücksichtslose Geschwätzigkeit einzelner Parlamentarier, planlose Vorbereitung und Einbringung der Regierungsvorlagen u. dergl. m. vorgeführt. Unzweifelhaft wirken alle diese Umstände zusammen, um das Uebel zu einem fast unausrottbaren zu machen. Die Einführung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten, von denen die weniger Begüterten sich gern einen Theil des kostspieligen Aufenthalts sparen, ist gewiß ein Mittel, welches zur Minderung des Uebels beitragen könnte. Aber das preußische Abgeordnetenhaus hat bewiesen, daß auch Parlamente mit Diäten vor Beschlußunfähigkeit nicht geschützt sind. Die lange Dauer der parlamentarischen Tagung macht für die meisten Abgeordneten, ausgenommen die Beamten, bei denen eine Störung der bürgerlichen Geschäfte ja nicht in Frage kommt, die regelmäßige Ausübung des Mandats äußerst schwierig, und daran kann die Bewilligung von Diäten nichts ändern. An der übermäßigen Ausdehnung der Session ist nicht am wenigsten der unaufhaltsame Redefluß mancher Abgeordneten schuld. Ueber Fragen von untergeordneter Bedeutung wird oft tagelang gesprochen, ohne daß ein sachlicher Zweck dabei verfolgt wird. Die Redefreiheit wird als ein unantastbares Recht des Volksvertreters sicherlich aufrecht erhalten werden müssen. Aber wenn, wie es häufig genug geschieht, über Gegenstände, die Jahr aus Jahr ein im Reichstage erschöpfend behandelt worden sind, immer und immer wieder lange Reden gehalten werden, und oft zu solchen Paragraphen, zu denen diese Redner selbst nicht einmal einen Abänderungsantrag stellen, dann ist dies Mißbrauch der Redefreiheit, die kostbare Zeit wird vergeudet, die Verhandlung wird langweilig und schleppend, und manchem sonst pflichteifrigen Abgeordneten kommt dann die verführerische Erwägung, daß er seine Zeit in seinem Berufe daheim doch besser verwerthen könne, als stundenlang Leuten zuzuhören, die nur zum Fenster des Hauses hinaus reden, oder die nur das Wort ergreifen um überhaupt einmal zu reden und ihren Wählern ein Lebenszeichen zu geben.

Außer durch die Selbstbeschränkung der parlamentarischen Beredtsamkeit, deren Uebermaß die rasche Erledigung der Geschäfte ungebührlich verzögert, würde die lange Sessionsdauer auch abgekürzt werden können, wenn die Regierung dem Reichstage von vornherein einen bestimmten Arbeitsplan vorlegte und nicht mitten in der Session fortgesetzt neue Gesetzentwürfe einbrächte, deren Durchberathung und Erledigung in der laufenden Tagung aller Voraussicht nach doch nicht zu erwarten steht. Verfehlt erscheint dagegen der Vorschlag Bennigsen's, die Beschlußfähigkeitsziffer für minder wichtige und besonders für nicht definitive Abstimmungen herabzusetzen. Sehr richtig ist hiergegen geltend gemacht, daß dadurch einerseits das Schwergewicht derjenigen Abgeordneten, welche in Berlin wohnen, ein überaus großes und andererseits der schwache Besuch der Sitzungen nicht beseitigt, sondern nur legitimirt werden würde. Das ohnehin so stark geminderte Ansehen des Reichstages würde noch weiter herabgehen und unser deutsches Parlament in Marasmus versinken. Die größte Ursache der Beschlußunfähigkeit liegt in dem Mangel an Pflichtgefühl der Abgeordneten, denen zum Theil das Bewußtsein abhanden gekommen, daß sie zur Wahrnehmung der Aufgaben, welche ihnen in den Mandaten von ihren Mitbürgern übertragen worden, verpflichtet sind.

Ein starkentwickeltes Pflichtbewußtsein ist bei Parlamentsmitgliedern auch außerhalb Deutschlands nicht immer vorhanden. So z. B. nicht bei einer Anzahl Landtagsmitgliedern der Bukowina, welche, um die soeben beklagte Beschlußunfähigkeit herbeizuführen, ihre Mandate niederlegten und zwar nicht etwa in Folge politischer Meinungsdifferenzen, sondern lediglich um rein privater und persönlicher Angelegenheiten halber. Der Bukowinaer Landtag besitzt zwar für uns nicht das mindeste Interesse, aber die Umstände, welche zu jener Mandatsniederlegung und in Folge dessen zur Auflösung dieses Parlamentchens geführt haben, sind so origineller Art, daß man sich auch einmal ausnahmsweise mit dem östlichsten Kronlande der österreich. Monarchie, das bisher ein idyllisches Stillleben geführt hat, befassen darf. Eine seltsame burleske Komödie ist der Auflösung des Bukowinaer Landtages vorausgegangen: verletzte Küchenehre in Folge anonymer Klatscherei nämlich ist der Ausgangspunkt der erschütternden Haupt- und Staatsaktionen der Bukowinaer Krähwinkelei gewesen. Die Frau des Landespräsidenten, Gräfin Pace, erhält einen Brief ohne Unterschrift, in welcher sie ersucht wird, ihren Gästen bei den Diners künftighin nicht mehr aufgewärmten Braten vorzusetzen und dafür zu sorgen, daß das Tafelgeschirr mit den Gläsern übereinstimme. Der Verdacht fällt auf ein Mitglied der rumänischen Adelspartei, auf den Abgeordneten und Domänenrath Baron Mustatza, dessen Handschrift der des anonymen Briefschreibers täuschend ähnlich sieht. Die in ihrer Küchenehre tief gekränkte Gräfin theilt diesen Verdacht der Frau Baronin mit, welche natürlich ihrerseits nichts Eiligeres zu thun hat, als ihren Gatten davon in Kenntniß zu setzen. Baron Mustatza leugnet, es kommt zu einem scharfen Rencontre mit dem Landespräsidenten, welches damit endet, daß dieser seinem Vorgesetzten eine Duellforderung übersendet. Graf Pace weigert sich zu schlagen, indem er den Baron für satisfaktionsunfähig erklärt. Die Folge davon ist, daß die Freunde des Beleidigten, welche die Hälfte des Landtages bilden, das alljährliche Ballfest des Landes-Präsidenten nicht besuchen. Die lokale Presse mischt sich in die Sache. Das offiziöse Organ der Landesregierung bringt tadelnde Bemerkungen gegen den Landeshauptmann Baron Wassilko, der sich an der Ball-Streik-Demonstration betheiligt hat. Der Landeshauptmann antwortet mit einem gereizten „Eingesendet", das sich gegen den Landespräsidenten kehrt. Dieser schickt jenem seine Zeugen. Das ganze Land spaltet sich in zwei Parteien, von denen diejenige des Landespräsidenten, aus Deutschen, Ruthenen und Polen bestehend, die Mandatsniederlegung beschleicht. Die andere Partei vertritt den rumänischen Großgrundbesitz. Um nicht den Skandal eines beschlußunfähigen Landtages, der heute zusammentreten sollte, zu erleben, blieb der Regierung nichts übrig, als die Auflösung zu verfügen. All' dies Unheil hat der aufgewärmte Braten und das Tafelgeschirr der Frau Landespräsident angerichtet. Man darf freilich nicht vergessen, daß auch hier im Grunde nicht von dem falschen Satze: „Kleine Ursachen, große Wirkungen" die Rede sein kann. Die verletzte Küchenehre der Gräfin war nur der Anlaß zu jenen Ereignissen, nicht die Ursache, welche vielmehr in dem Gegensatz der Nationalitäten zu suchen war, der, wie fast überall in der österreichisch-ungarischen Monarchie, so auch in der Bukowina zwischen Rumänen einerseits und Ruthenen, Polen und Deutschen andererseits besteht und nunmehr in Folge der übertriebenen Empfindlichkeit einer Dame plötzlich zu heftiger Fehde entbrannt ist. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 2. März.

Berlin. Reichstag. Von den von der Petitionskommission als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachteten Petitionen werden auf Antrag des Abg. Metzler (Centr.) diejenigen, welche den Befähigungsnachweis für Bauhandwerker fordern, an die Commission zur Berichterstattung zurückverwiesen. Dann begründet Abgeordneter Bebel (Soz.) den von seiner Partei eingebrachten Antrag auf Uebernahme der Verwaltung und des Eigenthums des Apothekenwesens durch das Reich. Das bestehende Concessionswesen wirke schädlich. Die Apothekenbesitzer besäßen wettereifernde Privilegien als irgend ein Gewerbe. Sie hätten dadurch einen geradezu vielseitigen Vortheil, der mit dem Krankenkassengesetz noch gewachsen sei. In dem Kauf und Verkauf von Apotheken herrsche geradezu ein Unfug. Die Zahl der Apotheken habe keine der Zunahme der Bevölkerungszahl entsprechende Vermehrung erfahren, obgleich durch die Sozialgesetzgebung die Inanspruchnahme der Apotheken gewachsen sei. Die Folge davon sei ein enormes Steigen der Preise von Apotheken. Wer heute eine Apotheke erwerben wolle, müsse ein reicher Mann sein. Das Apothekergewerbe sei ein kapitalistisches Unternehmen geworden. Mit dem Preise der Apotheken stiegen auch die Preise der Medikamente. Für frühere Zeiten möge das bestehende System am Platze gewesen sein. Heute aber, da der Apotheker die Medikamente nicht selbst mehr herstelle, sondern dieselben aus Fabriken bezieht, sei die Sache anders. Die theuren Preise für Medikamente drückten namentlich die minder bemittelten Klassen und zwar zu einer Zeit, da sich dieselben gerade in Noth und Trübsal befänden. Dabei werde nicht einmal auf eine entsprechende Haltung und Ausbildung der Apothekerlehrlinge gesehen. Mit der Verstaatlichung der Apotheken würden die Medikamente verbilligt und der Staat würde in der Lage sein, für eine entsprechende Zahl von Apotheken zu sorgen. Bei der Entschädigung für die zu verstaatlichenden Apotheken könnten natürlich die Spekulationspreise nicht bezahlt werden. Die Preise müssen vielmehr nach dem Durchschnitt des Jahresgewinnes berechnet werden. — Abg. Dr. Witte (freis.): Auch Bebel habe die Nothwendigkeit einer Verstaatlichung des Apothekergewerbes nicht zu rechtfertigen vermocht. Das Apothekerwesen sei in Deutschland gut geordnet und das deutsche Apothekergewerbe stehe oben an in der ganzen Welt. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen reize nicht zur Nachahmung. Wenn die Krankenkassen nicht existirten, so würden doch auch Medikamente gebraucht werden. Der Hinweis auf die Sozialgesetzgebung sei also hinfällig. Vor einigen Jahren hätten sich die Sozialdemokraten selbst gegen eine Verstaatlichung des Apothekenwesens sehr entschieden erklärt. Er richte allerdings die Bitte an die Regierung, die Regelung des Apothekenwesens in die Hand zu nehmen, den Antrag der Sozialdemokraten aber bitte er abzulehnen. — Staatssekretär v. Bötticher erinnert an die früheren Versuche im Bundesrath, eine einheitliche Regelung des Apothekenwesens herbeizuführen. Nun sei die preußische Regierung veranlaßt worden, Vorschläge zu machen, aber auch innerhalb der preußischen Regierung bestünden darüber Meinungsverschiedenheiten, die hoffentlich in absehbarer Zeit beigelegt sein würden. Würde der Reichstag die Verstaatlichung des Apothekenwesens beantragen, so würden die Schwierigkeiten, die einer Beilegung der Meinungsverschiedenheiten entgegenstehen, nur vermehrt werden. Nach seiner Meinung sei das Reich gar nicht in der Lage, das Apothekenwesen selbst zu übernehmen. Es würden dazu Organisationen gehören, die das Reich gar nicht besitze. — Abg. Wenzel (kons.) spricht sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten aus und weist die Angriffe Bebel's auf das deutsche Apothekergewerbe, auf dessen Integrität und die Behandlung der Apothekergehilfen mit aller Entschiedenheit zurück. Dem Abgeordneten Witte erwidert er, daß man in Süddeutschland sehr gute Erfahrungen mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen gemacht habe. — Abg. Wurm (Soz.) führt mehrere Fälle dafür an, daß schwindelhafte Heilmittel, deren Urheber wegen Betruges verurtheilt werden mußten, in Apotheken verkauft werden und giebt dann Beispiele für das Mißverhältniß der Preise für Medikamente zu dem Drogenpreis. Im Apothekergewerbe finde eine übermäßige Ausnutzung der Lehrlinge statt und die Gehilfen seien überbürdet. Ein Apothekenkauf sei unverantwortlich, wenn man die Dinge so fort gehen lasse. Das Apothekenwesen gehe wissenschaftlich zurück. Die Medikamente dienten nicht der Gesundung des Volkes und die Aerzte verschreiben vielfach nur zu Gunsten der Apotheken. Man solle den Aerzten verbieten, Medikamente zu verordnen unter dem Vorgeben, sie verständen die Mischung nicht. Ein studirter Arzt, dem man seinen Körper anvertraue, solle nicht etwas zusammenlagen können, was der Apotheker von seinem Lehrlinge zusammenmischen lasse? Die Staatsapotheken würden erheblich billiger produciren können. Jetzt böten die Apotheken Niederlagen von Mineralwässern und ein Sammelsurium von Heilmitteln aller Art. Das Lehrlingswesen nehme zu. Die Gehilfen seien schlecht bestellt, verbeirathete würden nicht mehr angenommen. Wenn ein Provisor einmal eine Concession erhalte, so sei das, als wenn er das große Los gewinne. — Abg. Dr. Witte (freis.): Wenn sich weiter nichts für die Forderung der Verstaatlichung des Apothekenwesens anführen lasse, als was Wurm dafür anführte, so sei erwiesen, daß der Antrag lediglich zu Agitationszwecken gestellt sei. Die Sozialdemokraten arbeiten auf den Umsturz der Grundlagen einer 1000jährigen Culturentwickelung hin. Wenn es sich aber um praktische Vorschläge handle, dann säßen die Herren da und wüßten nichts zu sagen. — Abg. Bebel (soz.): Der Antrag habe mit dem sozialdemokratischen Staat nichts zu thun und passe sich durchaus der bestehenden Staatsordnung an. Seien denn nicht schon eine Anzahl Betriebe verstaatlicht? Von allen Thatsachen, die zur Begründung des Antrages angeführt wurden, habe keine widerlegt werden können. Bei der Abstimmung bezweifelt Abg. Werger (Antisemit) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Auszählung ergiebt eine Präsenz von 167 Mitgliedern. Das Haus ist somit beschlußunfähig. Prinz Carolath wünscht, daß Anträge auf Auszahlung künftig der Unterstützung bedürfen sollen, damit nicht ein Einzelner in der Lage sei, die Verhandlungen willkürlich aufzuhalten. — Morgen: Telegraphengesetz und kleinere Vorlagen.

Berlin. Ein hiesiges Blatt hatte berichtet, daß sich der Kaiser jüngst einem Bekannten des in Halle lebenden Arztes gegenüber, der die Eingabe der Hallenser Professoren gegen das Volksschulgesetz mit unterzeichnet hatte, sehr anerkennend über den Inhalt der erwähnten Eingabe ausgesprochen und versichert habe, daß die Hallenser Professoren seine Sympathie in so hohem Maße besitzen, daß er genetzt wäre, sie insgesammt auszuzeichnen. Der Reichsanzeiger erklärt nun, diese Mittheilung entbehre sowohl was die angebliche Thatsache, als die ihr unterstellte Voraussetzung angeht, jeder Begründung. — Dem Reichstag ist ein Antrag der Conservativen auf Erhöhung des Zolles für unbearbeitete Tabaksblätter von 85 auf 125 Mk. zugegangen. — Es wird bestätigt, daß gegen die „Köln. Ztg." Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung, enthalten in einer Wiedergabe der Ansprache des Kaisers beim Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages, eingeleitet ist. — Die Berliner Neuesten Nachrichten wurden wegen Abdruck einer Besprechung der „Times" über die Kaiserrede beschlagnahmt. — Das Abgeordnetenhaus nahm in 2. Lesung das Polizeikostengesetz an.

Hamburg. Der Mitarbeiter des Hamburger sozialdemokratischen „Echo" und Führer der sozialdemokratischen Partei, Otto Reimer, hat sich infolge eines unheilbaren Leidens in der Alster ertränkt.

Essen. Die hiesige Strafkammer hat die Beschlußfassung über die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die in die Angelegenheit der Stempelfälschungen verwickelten Beamten des Bochumer Vereins, Rosenthal und Genossen, bis nach Abschluß der Voruntersuchung gegen den Geheimen Commerzienrath Baare und die Ingenieure Bering und Graemme ausgesetzt.

Barcelona. Hier ward ein anarchistisches Complott entdeckt, welches den Zweck verfolgte, das Gebäude der deutschen Botschaft durch Petarden in Brand zu stecken. Vier der am meisten gravirten Anarchisten wurden verhaftet. — In Cordova wurde ein Dynamit-Attentat vereitelt. Die bereits gelegten Patronen wurden rechtzeitig entdeckt und entfernt.

Athen. Der König hat an den Inspektor der Athener Garnison ein Schreiben gerichtet, in welchem er demselben wegen Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie wegen der Haltung des Militärs während des gestrigen Tages seine Anerkennung ausspricht.

Washington. Die Entschädigungsforderung der Mannschaft des nordamerikanischen Kreuzers „Baltimore" an die chilenische Regierung beläuft sich auf 2560,000 Dollars.

Die Berliner Börse verlief fest. Bevorzugt waren Kohlenwerthe auf englische Streike und Diskontokommandit auf Gerüchte über Terminspekulationen (Botanischer Garten). Von österreichischen Bahnen waren besonders Staatsbahnaktien und Elbethal rege gefragt. Von fremden Renten Russen fest, Italiener schwächer. In Cassaverkehr feste Haltung. Deutsche Fonds gut gefragt und besser. Von Prioritäten Zwanzigtage Franzosen bevorzugt, Bergwerke höher, auch andere Industriepapiere theils höher. Privatdiskont 1⅛ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: kalt, etwas Schnee, Nordostwind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Oesterr. 264,00, Staatsb. 218,25, Lomb. 78,50, Galizier —,—, Egypter —,—, Ital. Rente —,—, Gotthardb. 92,40, Diskonto 180,60, Dresdn. Bk. 133,70, Laura —,—, Gelsenkirchen —,—, Bochum. —,—.

Wien. (Abendbl.) Oesterr. 308,10, Staatsbahn 218,00, Lombarden —,—, Nordwest —,—, Marknoten 57,97, Ung. Goldrente 445,50. Schwächer.

Paris. (Schluß.) Rente 96,32, Anleihe 106,10, Italiener 88,22, Staatsbahn 618,75, Lombarden 247,50, do. Prioritäten —, Suezaktien 595, Egypter 492,50, Ottomanen —, Goldrente 492,00. Matt.

Berlin. Produkten (Schluß.) Weizen per März 235,41, per Septbr.-Decbr. —,—, matt. Roggen per März 46,50, per Septbr.-Decbr. 41,25, ruhig. Rüböl per März 55,00, per Septbr.-Decbr. 58,00, matt.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per März 234, per Mai 243. Roggen per März 221, per Mai 228.

London. (Produkten-Bericht.) Getreide allgemein sehr ruhig, Preise. Russischer Hafer fest. — Wetter: Frost.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August begiebt sich heute Vormittag 8 Uhr in Begleitung des Herrn Kreishauptmann Freiherrn von Hausen nach Großenhain, um daselbst der feierlichen Einweisung des Herrn Amtshauptmanns von Wilucki beizuwohnen. Von Großenhain erfolgt die Weiterreise nach Riesa, woselbst der Prinz unter Führung des Herrn Bürgermeister Klötzer mehrere Besichtigungen (Winterhafen, Kaserne) vornimmt. Se. Königl. Hoheit trifft bereits Nachmittags wieder in Dresden ein.

— In den Paradesälen der 2. Etage des Kgl. Residenzschlosses fand vorgestern Abend der 5. diesjährige Hofball, der sogenannte **große Fastnachtsball** statt. An diesem Hoffeste nahmen Theil: Ihre Kgl. Majestäten, Ihre Kgl. Hohh. Prinz Georg, Prinz Friedrich

Pfund's Rectificirte (Reinfuchs) **Kindermilch.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41/42. Trocken fütterung.